



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/IX/214 - 22.9.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Der Europa-Plan des französischen Ministerpräsidenten	S. 1
Der Bevölkerungsdruck in Italien	S. 3
Paraphreneninflation im Bundesinnenministerium	S. 5
Verirrungen eines Pfarrannes	S. 7

Mendès-France in Strassburg

Von Fritz Erler M.d.B.

Frankreichs Ministerpräsident Pierre Mendès-France hat vor dem Europarat sein Konzept für die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der westlichen Verteidigung auf den Tisch gelegt. Er hat die Beratende Versammlung aus ihren Träumen in die harte Wirklichkeit zurückgeführt und klargemacht, aus welchen Gründen der EWG-Vertrag im französischen Parlament keine Zustimmung finden konnte. Es wurde sichtbar, dass Mendès-France die Zeit für "supranationale" Lösungen nicht für gekommen hält, obwohl auch er eine gewisse Dosis an Überstaatlichkeit (Supranationalität) in seinen Vorschlägen für möglich hält. Darüber wird es wohl vor allem mit den Engländern noch einige Auseinandersetzungen geben.

Mendès-France ist in Frankreich in populärer Mann. Es war heilsam, dass sich auch die mit seiner Politik nicht einverstandenem Europaratsdelegierten auf den Strassen Strassburgs davon überzeugen konnten. Andererseits ist es beklemmend zu fühlen, wie sich gegen den unbequemen Mann sogar die antisemitische Flüsterpropaganda bemerkbar macht.

Es ist verfrüht, zu seinen Vorschlägen in einzelnen Stellung zu nehmen. Sie bedürfen in vielen der genaueren Darlegung und Erläuterung. Wenn wir eines an der sehr nüchternen, massvollen und vernünftigen Rede beklagen, dann ist es das Fehlen auch nur eines einzigen Hinweises auf die Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands und ihren Zusammenhang mit der Entspannung der Weltlage sowie auf die Wege, die nach der Auffassung des französischen Regierungschefs dahin führen könnten. Auch Mendès-France hat nur die Notlösung der Teilnahme eines Teiles Deutschlands am westlichen Militärsystem erörtert, aber sich nicht der Hauptaufgabe zugewandt, die in der Entspannung der internationalen Lage und in der Wiedervereinigung Deutschlands liegt. Ohne sie ist doch kein dauerhafter europäischer Aufbau möglich. Es wäre nun eigentlich Aufgabe der deutschen Diplomatie, zur bevorstehenden Londoner Konferenz gerade die Fragen der deutschen Einheit an den ihr gebührenden Platz zu bringen. Sonst erörtert die Londoner Konferenz nur alle jene Lösungen, die auf der Fortdauer der Spaltung Deutschlands beruhen.

In diesem Rahmen allerdings machte Mendès-France seinem in den letzten Monaten erworbenen Ruf Ehre. Er will ein tüchtiges Verhandlungstempo vorlegen. Den Angriffen der französischen EVG-Freunde nahm er von vornherein jeden Wind aus den Segeln mit dem Hinweis darauf, dass seine Regierung einen Vertrag mit ihrer Unterschrift sofort dem französischen Parlament zur Entscheidung vorlegen und nicht drei Jahre damit vertrödeln würde. Gegen dieses Argument gab es schlechterdings keinen Einwand.

Außerdem wehrte er sich gegen die Vollkommenheitssucht der Sachverständigen, die alles und jedes in Paragraphen gießen und festlegen wollten, wodurch ein Vertragswerk nur unübersichtlicher und unverständlicher würde. Sein Wort von Verträgen, die unmissverständlich und auch dem einfachen Mann aus dem Volke begreiflich sein müssten, war eine herbe Kritik an jenem EVG-Vertrag, dessen eigene Schöpfer sich schon über die Auslegung seiner Bestimmungen in die Haare geraten sind, bevor er überhaupt in Kraft treten konnte. In drei Monaten hofft die französische Regierung ein ratifizierungsfähiges Dokument ihrem Parlament vorlegen zu können. Wenn, wie es der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei gewünscht hat, dieselbe Energie nicht nur für die Notlösung, sondern für die Schaffung vernünftiger Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme des Deutschlandgesprächs mit der vierten Besatzungsmacht verwendet wird, könnte man in drei Monaten im ganzen in der Deutschlandfrage weitersehen und die Sowjetunion vor jene Frage stellen, die der Westen ihr bisher niemals gestellt hat: Ob sie freien Wahlen und ihren Konsequenzen in allen vier Zonen Deutschlands zustimmt, wenn sich dafür das wiedervereinigte Deutschland keiner Militärallianz anschließt.

Erfreulich war an der Rede des Ministerpräsidenten das klare Bekenntnis zur deutsch-französischen vertrauensvollen Zusammenarbeit, ohne die eine europäische Gemeinschaft nicht denkbar ist. Welche Vorstellungen Mendès-France für die von ihm nur beiläufig erwähnte Lösung der Saarfrage in diesem Zusammenhang hat, blieb allerdings dunkel. Erfreulich war auch, dass er fast in Fortführung der Debatten um den Bericht des deutschen Sozialdemokraten Mommer dem Europarat noch einmal das große Gebiet seiner Aufgaben auf anderen als militärischen Gebieten vor Augen führte. Er versprach, was bisher keine französische Regierung getan hat: die Vorschläge des Europarates auf diesen Gebieten im Ministerkomitee nachdrücklich zu unterstützen.

Respekt verdient auch der Mut, mit dem er Frankreich als das rückständigste Land beim Abbau der Handelsschranken in Europa bezeichnete und als Chef einer neuen Regierung Besserung dieses von ihm nicht herbeigeführten Zustandes gelobte.

Der Rede fehlte das in Strassburg allzu oft vernommene Pathos. Umso aufmerksamer wird ihr konkreter Inhalt studiert werden müssen.

+

+

+

- 3 -

In dreißig Jahren - eine Milliarde Menschen mehr

PE - Rom, Mitte Sept.

Das Thema "Bevölkerungspolitik" ist in Italien so etwas wie ein heisses Eisen. Obwohl gerade Italien unter der beständigen Zunahme seiner Bevölkerung, für die immer schwerer eine Ernährungsbasis zu finden ist, wie unter einem chronischen Übel leidet, hat hier die katholische Kirche bis vor gar nicht langer Zeit jede Diskussion des Problems einer Geburtenkontrolle schroff abgelehnt. Bei der engen Verflechtung zwischen Staatsgewalt und Klerus, wie sie sich aus der christlich-demokratischen Parteiherrschaft zwangsläufig ergibt, hatte dies zur Folge, dass auch die staatlichen Behörden jeden Versuch einer Propaganda für Geburtenregelung strikt unterbunden haben, wofür ihnen ein in faschistischer Zeit erlassenes und noch immer gültiges Gesetz die Handhabe bot.

Es darf daher als ein bemerkenswertes Symptom für eine gewisse Wandlung in der Einstellung maßgeblicher katholischer Kreise angesehen werden, wenn jetzt die Abhaltung eines internationalen Kongresses für Demographie in Rom nicht nur zugelassen wurde, sondern wenn unter den Zuhörern auf dieser Tagung auffallend viele Geistliche zu bemerken waren. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, dass man auch im Vatikan die drohende Gefahr erkannt hat, die ein weiteres Überhandnehmen der Bevölkerung gerade für Italien darstellt, und dass man sich daher jetzt zu einer minder intransigenten Haltung entschlossen hat. Der Papst selbst hat ja in dieser Richtung in letzter Zeit einige bemerkenswerte autoritative Äußerungen getan, in denen das heikle Thema der Geburtenkontrolle behandelt und diese unter gewissen Voraussetzungen als zulässig erklärt wurde.

Der Internationale Kongress für Bevölkerungskunde, der unter dem Ehrenschatz der Vereinten Nationen in diesen Tagen in dem imposanten Gebäude der Welt-Ernährungsorganisation F.A.O. in Rom stattgefunden hat, war der Diskussion sämtlicher mit der Zunahme der Weltbevölkerung zusammenhängender Fragen gewidmet und brachte in seinen dreißig Sitzungen eine Fülle hochinteressanter Tatsachematerials.

Die Weltbevölkerung, die heute etwa zweieinhalb Milliarden beträgt, wird, wie man aus einem auf diesem Kongress gehaltenen Referat erfuhr, in dreißig Jahren voraussichtlich um eine Milliarde und 200 Millionen zugenommen haben und mehr als dreieinhalb Milliarden betragen. Diese Zunahme allein ist größer als die gesamte Weltbevölkerung vor hundert Jahren.

Hierbei ist bemerkenswert und in gewisser Beziehung besorgniserregend der Umstand, dass der weitaus überwiegende Teil dieser zu gewärtigenden Bevölkerungszunahme auf die heute noch unterentwickelten Teile der Welt entfallen wird und zwar vor allem auf Asien. China allein dürfte in den kommenden drei Jahrzehnten um eine Menschenzahl zunehmen, die der heutigen Bevölkerung der Vereinigten Staaten entspricht.

Hier scheint sich somit die These von Malthus, wonach die Menschheit sich stärker vermehre als die Menge ihrer Nahrungsmittel - eine These, die lange Zeit hindurch als völlig überholt galt - in beängstigender Weise nachträglich zu bewahrheiten, denn es erscheint nach dem heutigen Stand unseres Wissens tatsächlich als nahezu unmöglich, Nahrung für so viele neu zuwachsende Esser zu beschaffen.

Was Italien, das Gastland des Kongresses, im besonderen angeht, führte ein Referent aus, dass sich hier die bisher bestehende numerische Überlegenheit der nördlichen über die südlichen Landesteile unaufhaltsam verschiebt, so dass schon in den nächsten zwanzig Jahren der Süden, das heißt die Provinzen unterhalb von Rom, 60 % der Gesamtbevölkerung ausmachen wird. Die Folgen in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht die eine solche Verschiebung des demographischen Schwerpunktes haben könnte, sind sehr bedeutend, angesichts des gewaltigen Unterschieds, der in Bezug auf Sitten, Lebensgewohnheiten, Bildungsniveau und Produktionsverhältnisse zwischen Nord- und Süditalienern besteht. Wenn man bedenkt, dass Süditalien schon jetzt das gefährlichste Reservoir der kommunistischen Agitation darstellt, gehört wenig Phantasie dazu, sich die politischen Auswirkungen der rapiden Bevölkerungszunahme im Süden auf das Schicksal des ganzen Landes auszumalen.

Der Palast der F.A.O. ist exterritorial, da er einer Organisation der Vereinten Nationen als Sitz dient. Einer der Kongressteilnehmer benützte diesen Umstand, um in seinem Referat eingehend über alle heute bekannten hygienisch einwandfreien Methoden zur Empfängnisverhütung zu sprechen. Nach italienischem Gesetz hätte er sich durch eine solche öffentliche Erörterung dieses Themas strafbar gemacht. So ist denn auch in der italienischen Presse von dem Inhalt dieses Vortrages mit keinem Wort die Rede gewesen, obwohl gerade er wahrscheinlich die breiten Schichten der Bevölkerung auf das brennendste interessiert hätte.

Speiseeis und Kantinen

(Paraphensalat à la Schröder)

Hi- "Bedenklich erscheint insbesondere die in dem Entwurf zum Ausdruck kommende perfektionistische Tendenz." Mit diesem Schlusssatz gab kürzlich der Präsident des Bundesrates die Verordnung über Speiseeis an den Herrn Bundeskanzler zurück. Die Länderkammer hatte in der Sitzung desselben Tages beschlossen, nicht zuzulassen, dass dem Eiskäufer in wohlgesetzten 23 Paragraphen vom Staat vorgeschrieben wird, welche Ingredienzien er zu verwenden, welche Sorten unter welchen "Namen" er herzustellen, welche "Verpackungen" er zu beachten, welcher "Behandlung" er das Eis zu unterziehen, welchen "persönlichen Anforderungen" er zu genügen und welche "Einrichtungen und Geräte" etc.pp. er zu verwenden habe.

Mit dem Schreiben des Bundesratspräsidenten erlitt, wie die kühle Formulierung erkennen lässt, der Entwurf einer "Verordnung über Speiseeis" den Erfrierungstod. Er hatte aber inzwischen seit dem 4. Juli 1952, also seit über 2 Jahren, seitdem sich der Stellvertreter des Herrn Bundeskanzlers beeht hatte, dem Bundesrat den 1. Entwurf mit der Bitte um Zustimmung zuzuleiten, beschäftigt: das Bundesinnenministerium und die anderen beteiligten Bundesministerien, den Innenausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Agrarausschuss und den Rechtsausschuss des Bundesrates, die Kabinette, die Justizverwaltungen und die Fachministerien der Länder - von Kiel bis München machte alles in Eis. Der Entwurf wurde zurückgezogen und um 2 Paragraphen bereichert wieder vorgelegt und schwoll zu einem respektablen Aktenstück von 250 Seiten - das die Sache an sich allerdings nicht besser machte. Die Sache nämlich: von Staats wegen bis in die letzten Ecken unseres Lebens unnötig normierend einzugreifen. Es ist ein besonderer Treppenwitz, dass das von einer Regierung geschieht, die die nötige Regulierung im Großen immer wieder ablehnt. Die Ablehnung, die der Bundesregierung zu diesem Entwurf nun zuteil wurde, hätte ihr als Warnung eine Lehre sein müssen.

Aber die Gesetzesmacher und Paragraphenproduzenten des Bundesinnenministeriums überraschten das erstaunte deutsche Publikum kürzlich im "Ministerialblatt" mit einer neuen Großtat der Pederfuchserie - und ließen sie auch noch von ihrem Herrn Minister persönlich unterschreiben: "Richtlinien für Kantinen bei Dienststellen des Bundes" oder in Klammern "(Kantinenrichtlinien)".

Es ist kaum zu beschreiben, mit welchem Fleiß hier Selbstverständlichkeiten in die klare Sprache amtlicher Bekanntmachungen und in die Verbindlichkeit von Kann- und Sollvorschriften übersetzt worden sind. Dass Kantinen eingerichtet werden können, selbst dass sie verpachtet werden können, ja, dass das Essen "aus Fleisch, Gemüse (möglichst Frischgemüse), Kartoffeln und anderen gleichwertigen Nahrungsmitteln bestehen" soll - alles dies und noch mehr offeriert in 17 Paragraphen georänet der Bundesminister des Innern, Dr. Schröder, den es in Sachen der "größten Schlappe des kalten Krieges" im Fall John nicht möglich war, den dafür zuständigen Bundestagsausschuss ausreichend zu informieren. Er führte den kalten Krieg auf seine Weise durch die Beschäftigung mit Eisbomben und bekömmlicher Mannschaftskost, er informiert uns lieber darüber, dass auch "kalte Speisen, die üblicherweise als Mahlzeit eingenommen werden", unter den "Begriff Hauptmahlzeit" fallen können, postuliert, dass das eine Essen "mindestens 50 g, die anderen mindestens 100 g Fleisch enthalten sollen", und dass die Kantine "daneben Getränke führen" darf.

Rund 550 Gesetze hat der Bundestag in fünf Jahren neu geschaffen, hat in mühsamer Arbeit auf den Erümern von Kaiserlichen-, Weimarer-, Hitler- und Besatzungs-Recht die ersten Grundsteine einer neuen Staatsordnung gelegt. Wichtigste sozialpolitische, steuerliche und wirtschaftsrechtliche Gesetzeswerke, auf die Millionen warten, fehlen noch, und da beschäftigen sich in aller Ruhe ernstgenommen-sein-wollende Männer, Justitiare, hohe Beante und Minister damit, dass "die Essensmarken als Belege" dienen. Hier vergißt der Amtsschimmel vor Behagen sogar das Viehern. Gibt es nichts Wichtigeres, Dringenderes, Nötigeres zu tun?

Ein pflichtvergessenes Pfarramt

F.B. Leider allzu häufig kommt es vor, dass Teile des politisierender Klerus die Kanzel vom Rednerpult in CDU-Wahlversammlungen nicht unterscheiden können. Wie bedauerlich gerade für die Kirche und die betroffenen Gemeinden aber ist es dann, wenn Pfarrer durch Gerichtsurteile gezwungen werden, der Wahrheit die Ehre zu geben und in empfindliche Strafen genommen werden.

Der Vorfall, der sich in diesen Tagen ereignete, aber schlägt dem Faß den Boden aus. Vor uns liegt ein Pfarrblatt der Gemeinde St. Josef in Rheinbrohl, VIII. Jahrgang Nr. 38. Wörtlich heißt es in diesem - man soll es so nennen - Pamphlet:

"Was in der Vergangenheit durch die Deutschnationale Partei vorbereitet und durchgeführt wurde, Triumph der Roten Fahne mit dem Hakenkreuz, das wird in der Gegenwart und nahen Zukunft durch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vorbereitet: Triumph der Roten Fahne mit Hammer und Sichel ... Die SPD liefert mit ihrer Politik die Bundesrepublik und das deutsche Volk der Tyrannei und dem Gotteshaß, dem Kommunismus aus... Wer nur ein wenig hineinkorcht in die Reden und den Blätterwald der Sozialdemokratie, für den ist es Gewißheit: Lieber heute als morgen möchte die SPD sich mit Moskau verbündern und gemeinsam gegen Christentum, Kirche, Rom den Kampf führen... Die Geister, die im Chaos von 1945 in Deutschland ausgetrieben wurden, sind zurückgekehrt und haben in der SPD ihre Werkstatt gefunden".

In der richtigen Erkenntnis, dass derartige Sudeleien beim katholischen Kirchenvolk nur Abscheu erregen können, wird dann festgestellt, dass diese Zeilen von Linkskatholiken als klerikale Einmischung in die Politik mit höhnischem Lächeln abgelehnt werden. Und zum Schluß heißt es:

"Zwar wird die SPD darauf hinweisen, wie sie in der Nazizeit verfolgt worden ist, wie ihre Führer eingesperrt und umgebracht worden sind, aber das ist ja der Brauch im Reich des Widersachers, dass ein Teufel dem anderen noch mehr Teufel ist. Das alles sind taktische Manöver zur Täuschung der Gegner und der harmlosen Zuschauer. Und wenn man davon spricht, dass Moskau die SPD hasse, dann nicht etwa ihrer Ideen wegen, sondern nur, weil sie nicht rasch genug den Vormarsch des Marxismus unterstützt. Das eine aber müssen alle Katholiken überdenken: SPD und KPD haben das gleiche Glaubensbekenntnis, die gleiche Weltanschauung, das gleiche Ziel."

Es hat keinen Sinn, mit dem katholischen Pfarramt in Rheinbrohl, das für den Inhalt verantwortlich zeichnet, mit politischen Argumenten zu diskutieren, und es wäre würdelos, auf diese Angriffe einzugehen. Blasphemie aber geradezu ist es, dass auf der Rückseite dieses Pamphlets die Gottesdienstordnung abgedruckt ist.

Was man jetzt erwarten muß, das ist, dass die kirchlichen Oberen sich in aller Form von diesem Pfarrblatt distanzieren. Ein kirchliches Gericht über dieses pflichtvergessene katholische Pfarramt wäre uns jedenfalls weit lieber als ein weltliches.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler